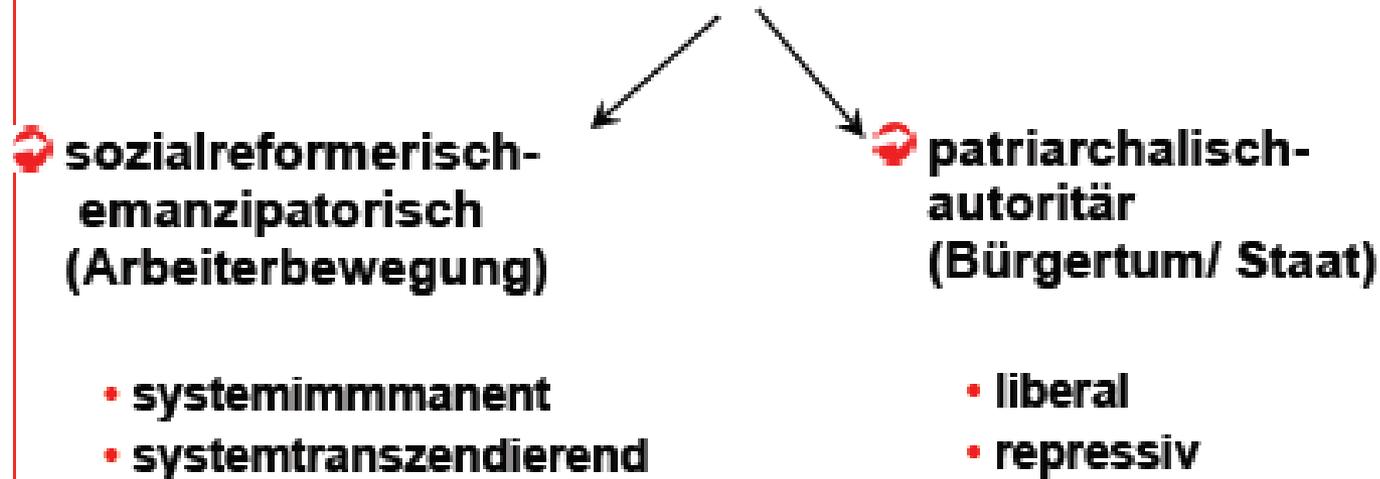


---

# Entwicklungslinien der Wirtschaftsdemokratie

1. Grundannahmen und Entstehungsgründe
2. Konzepte und ihre Grenzen
3. Möglichkeiten, Ansätze und Triebkräfte der Weiterentwicklung

## Zwei Stammbäume der Mitbestimmung:



---

# 1. Grundannahmen und Entstehungsgründe

- Autoritätsbeziehung und Organisationsbeitrag im Unternehmen (Regierungskommission/Biedenkopf-Gutachten zu Mitbestimmung)
- Arbeit und Kapital - Ausbeutung und Herrschaft (Walther Müller-Jentsch)
- Verdinglichung und Verselbständigung der Ökonomie – die Verkehrung von Subjekt und Objekt (Wolfgang Fritz Haug)

---

- **Der demokratische Selbstanspruch der (bürgerlichen) Gesellschaft**

„Demokratie meint einem allgemeinen Verständnis nach, dass alle diejenigen, die der Herrschaft unterworfen sind, auch an dieser Herrschaft teilnehmen. ... Die Entscheidungen, die das Handeln aller einzelnen verpflichten und ihm als Prämisse zugrunde liegen, sollen durch den Willen aller zustande kommen.“

Alex Demirovic, Demokratie in der Wirtschaft

## Programmatische Positionen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

- **Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, über Ziele und Mittel der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Sozialistische Monatshefte, 1900**

„Die Regelung der Arbeitsverhältnisse wird ... sich aber bei weiterer Entwicklung nicht nur auf die Lohnhöhe und die Dauer der Arbeitszeit beschränken, sondern sich auch auf die Betriebseinrichtungen erstrecken. Der letzte Schritt wäre dann **die Übernahme der Leitung der Produktion durch die Arbeiterschaft**, wobei es ja dem Unternehmer, welcher die nötige Qualifikation besitzt, frei stände, sein Teil zur Vervollkommnung und Erhöhung der Produktivität beizutragen...

Das Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung und die **Beseitigung des Absolutismus im Fabrikbetriebe**, an dessen Stelle **die demokratische (sozialistische) Organisation der Betriebsstätten** zu treten hat.“

---

# Programmatische Positionen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

## ■ **Revolutionäre Obleute der Metallbetriebe Groß-Berlins, 1919**

„Wir fordern die Kontrolle der Produktion, die Überwachung der Unternehmertätigkeit durch den Betriebsrat aufgrund der Einsichtnahme in sämtliche technischen, betriebswirtschaftlichen und finanziellen Vorgänge des Unternehmens sowie die gleichberechtigte Mitentscheidung bei allen wichtigen Angelegenheiten.“

---

# Programmatische Positionen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

## ■ **Resolution der Vorständekonferenz der Freien Gewerkschaften Deutschlands, April 1919**

„Innerhalb der Betriebe sind frei gewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben... Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.“

---

## Programmatische Positionen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung

- **Gewerkschaftszeitung - Organ des ADGB, Nr. 37, 15.9.1928 , zur Wirtschaftsdemokratie**

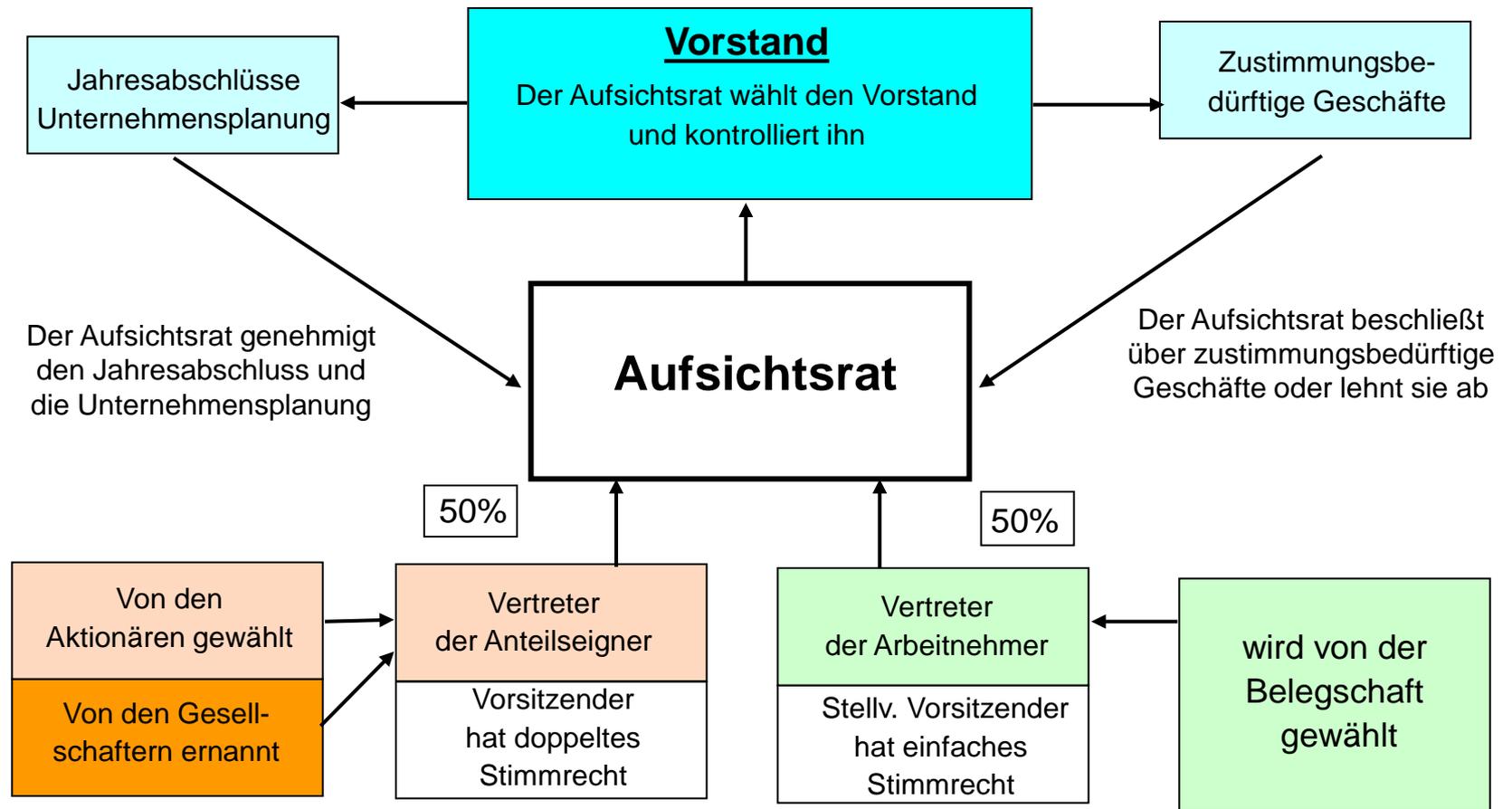
„Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie ist der Weg zum Sozialismus.(...) Der Sozialismus kann nicht abgewartet werden wie eine reife Frucht, die uns ohne unser Zutun in den Schoß fällt - er muss erarbeitet und erkämpft werden in der gegenwärtigen Wirtschaft und Gesellschaft.“

## 2. Konzepte und ihre Grenzen

- **Wirtschaftspolitische Grundsätze des DGB, München 1949**
  - Die Gewerkschaften fordern **Mitbestimmung** der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung
  - Überführung der Schlüsselindustrien in **Gemeineigentum**
  - **Volkswirtschaftliche Rahmenplanung** statt chaotische Marktwirtschaft und zentralistische Staatswirtschaft

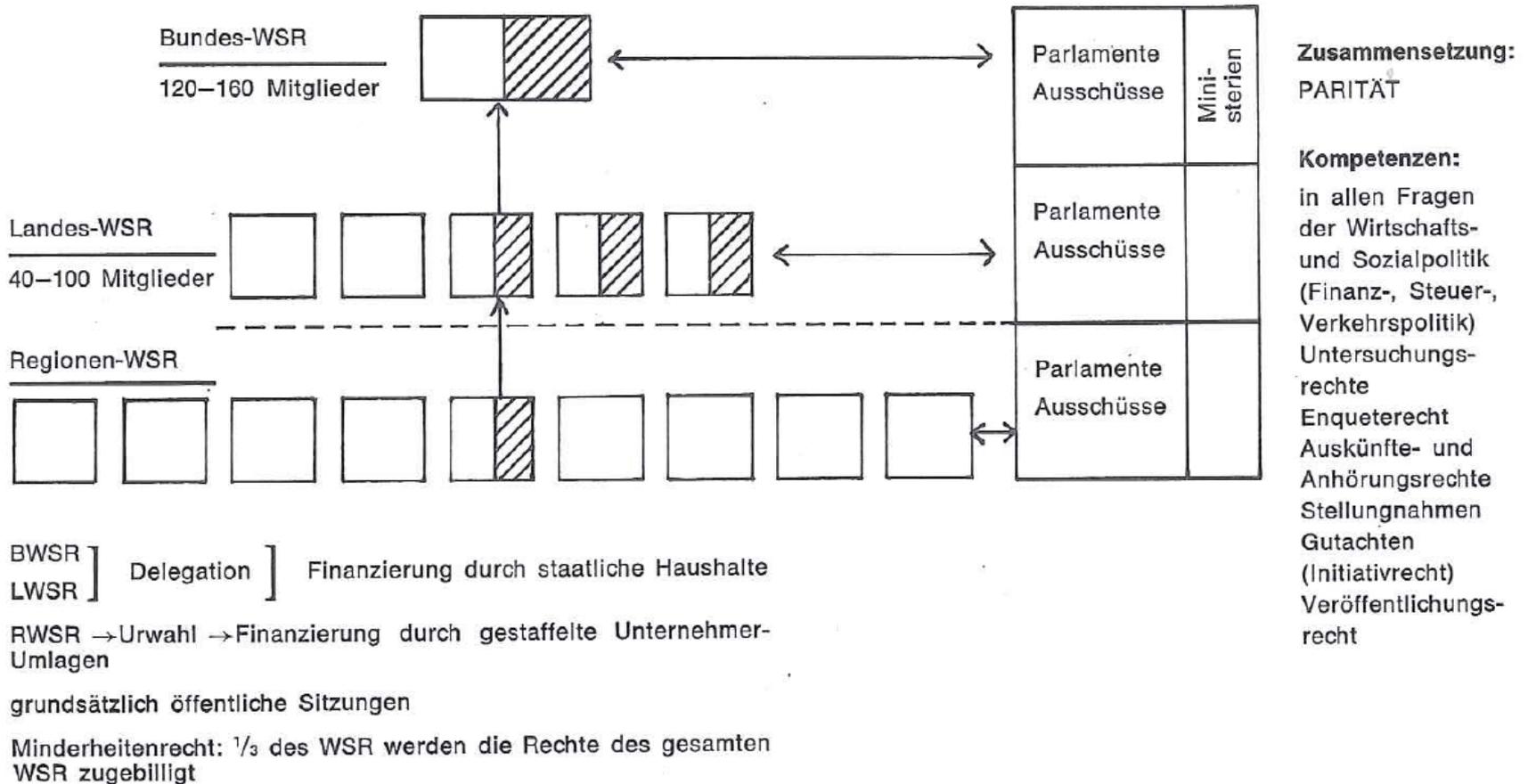
- 
- **Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976**
    - Gilt für bestimmte Unternehmensformen (außer Montanindustrie) mit über 2000 Beschäftigten
    - Ist nur scheinbar paritätisch besetzt, da ein Arbeitnehmervertreter immer ein leitender Angestellter ist und
    - Bei Patt-Situationen hat der Vorsitzende (immer Anteilseigner), doppeltes Stimmrecht
    - Der Arbeitsdirektor kann gegen den Willen der Arbeitnehmerseite bestellt werden

# Mitbestimmungsgesetz von 1976



# Wirtschafts- und Sozialräte (WSR)

(Ersatz der Industrie- und Handelskammern, Fortbestand nur als Unternehmerkammer)



# Demokratisierung der Wirtschaft – ein „unerfülltes Programm“

## ■ DGB-Grundsatzprogramm, Dresden 1996

- „Gewerkschaften (...) müssen für eine andere Zukunft, für gesellschaftliche Alternativen, für die Überwindung sozial ungerechter und ökologisch unerträglicher Verhältnisse kämpfen.“
- Es geht um den Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz, „um den kommunikativen Charakter der Arbeit zu erhalten.“
- „Den Gewerkschaften geht es um Entscheidungen der Gesellschaft, wie sie leben, arbeiten und wirtschaften will.“

---

## 3. Weitergehende Perspektiven – Möglichkeiten und Ansätze

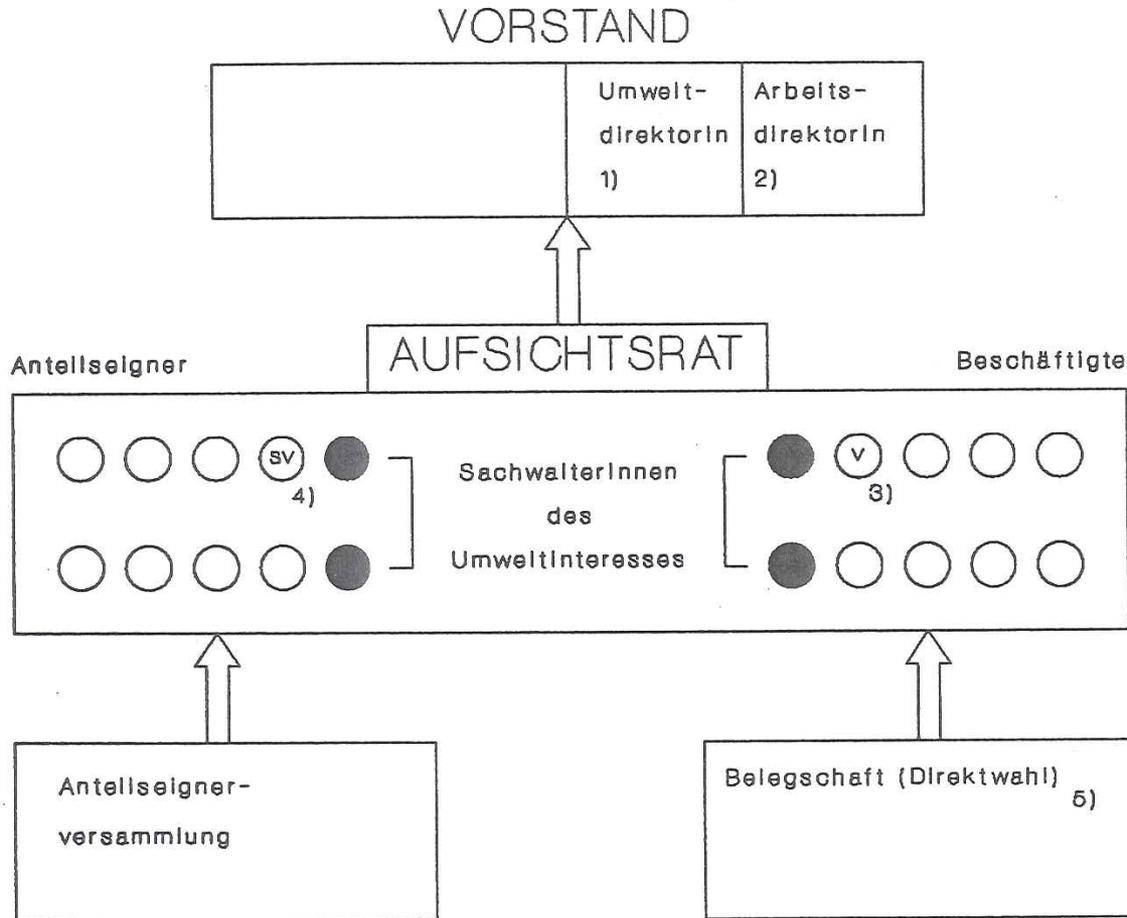
- **Eine erweiterte mitbestimmungspolitische Konzeption**
  - Umwelt- und andere öffentliche Interessen werden institutionell in die Unternehmensentscheidungen integriert - mittels der Einrichtung einer „dritten Bank“ im Aufsichtsrat und der Kooptation eines Vorstandsmitglieds mit besonderem Mandat.

# ABB.1: ENTWURF EINES GRÜNEN MITBESTIMMUNGSMODELLS

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG (August 1988)

## Überparitätisches Modell

(für Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten)



- **Die Verankerung von Beteiligungs- und wirksamen Mitbestimmungsrechten der Betroffenen am Arbeitsplatz**
- Gegenwärtig: Reaktion auf Unternehmenskrisen (Schließungs- und Verlagerungsdrohungen) und unternehmensseitige Partizipationsangebote (Qualitätszirkel, Gruppenbesprechungen)
- Weiterentwicklung denkbar:
  - Die unmittelbaren Produzenten sind die Autoren der Produktionspläne
  - die Planungen sind geleitet von der Frage nach dem Gebrauchswert der Produkte, vom Interesse der Produzenten an den Konsumenten
  - und vom Bewusstsein ökologischer Verantwortbarkeit
  - sie basieren auf der Überwindung der tayloristischen Arbeitsteilung, auf der direkten Zusammenführung von körperlicher und geistiger Arbeit
  - Bezug: Lucas-Aerospace, Konversionsarbeitskreise, Besser statt billiger, Beteiligungsprozesse bei Tarifabweichungen

- **Das direkte gesellschaftliche und politische Umfeld der Betriebe, das auf sie einwirkt und das sie selbst prägen, wird neu politisiert**
  - durch die Einbettung in ein förderliches kommunal- und regionalpolitisches Umfeld (Regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik)
  - durch ein Verständnis von „Kommune als Gegenmacht“, von „assoziativer Demokratie“
  
- **Einrichtung von Investitionsfonds in Arbeitnehmerhand**
  - Zusätzlich zur gegebenen Besteuerung wird ein Teil der Unternehmensgewinne über eine prozentual festgelegte (Investitions-) Abgabe abgeschöpft und
  - in drittelparitätisch von Unternehmer-, Staats- und Gewerkschaftsvertretern kontrollierte überbetriebliche Investitionsfonds abgeführt,
  - deren Anlageverhalten orientiert sich an Kriterien des gesellschaftlichen Nutzens.
  - Es geht um die Lenkung von Investitionen, um die Mitbestimmung über den Akkumulationsprozess.
  - Das bislang verfehlt Ziel der Tarifpolitik – die über Inflationsausgleich und Produktivitätsteilnahme hinausgehende nachhaltige Umverteilung der Verfügung über gesellschaftlichem Reichtum – wäre auf diesem Weg möglicherweise aussichtsreicher zu verfolgen.

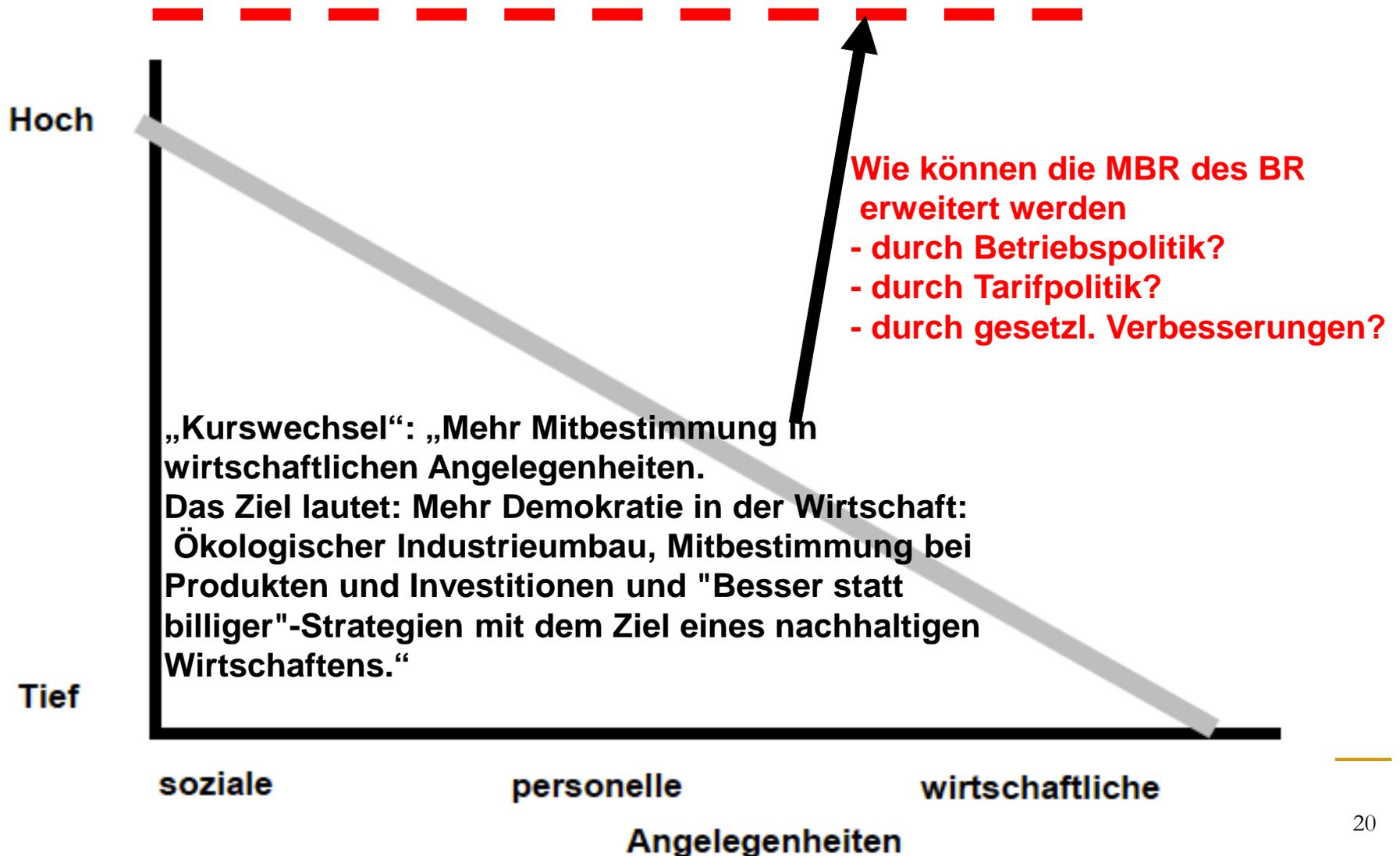
## ■ **Stahlpolitisches Programm der IG Metall 1985**

- Enteignung der Alteigentümer wegen Verletzung der Sozialpflichtigkeit – Entschädigung (Tilgung) und Verzinsung nach Ertragslage der Holding (Artikel 15 GG)
- Ziel ist die „Änderung der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel“ durch Übertragung des Besitzes an die öffentliche Hand (Bund und Länder)
- Bestimmung der Unternehmenspolitik durch Vertreter des Staates, der Länder/Regionen, der Wirtschaft und der Gewerkschaften
- Inhalte sind Standortgarantie, Arbeitszeitverkürzung, Produktionsquoten (Mengenbeschränkungen), übernationale Zusammenarbeit

## Zur gegenwärtigen Positionsbestimmung und zu den Möglichkeiten der IG Metall

- **Wirtschaft demokratisch gestalten**
  - **Öffentlicher Beteiligungsfonds (Public Equity) zur Unternehmenssicherung und Erhalt industrieller Strukturen, öffentliche Unternehmensanteile, regionale Mitentscheidung**
  - **Änderung des Aktienrechts: Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit verpflichtet**
  - **Ausrichtung der Vorstandsvergütungen an nachhaltigen Unternehmenszielen**
  - **Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung (wichtige Entscheidungen wie z. B. Standortverlagerungen nur bei 2/3 Mehrheit im Aufsichtsrat)**
  - **Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte (z. B. bei Betriebsänderungen, Erstellung von Sanierungs- und Restrukturierungskonzepten)**
  - **Senkung der Schwellenwerte für paritätische Vertretung im Aufsichtsrat von 2000 auf 1000 Beschäftigte (unabhängig von der Rechtsform)**

# Gewerkschaftliches Ziel: Mehr Mitbestimmung des Betriebsrats



---

# Demokratisierung der Wirtschaft wurzelt in der Demokratisierung der Arbeit

- Neue Organisationsformen der Arbeit (indirekte Steuerung, Subjektivierung, Ganzheitliche Produktionssysteme) eröffnen die Auseinandersetzung um neue Grenzen von Belastung, Kontrolle und Autonomie in der Arbeit
- Emanzipatorische Arbeitspolitik kann vom „Wie“ der Arbeit übergreifen auf das „Was?“ und „Wofür/Für Wen?“
- Demokratisierung der Arbeit ist daher die entscheidende Triebkraft, die Grundlage und das Ziel einer Demokratisierung der Wirtschaft

## ■ Die Kraft der konkreten Utopie: Arbeit, Wirtschaft und Demokratie

In einem Expertengespräch zwischen Sozialwissenschaftlern und Betriebsräten über neue Formen der Gruppenarbeit werden die Äußerungen von Arbeitern mit den Worten zitiert:

„Dass wir das alles, was jetzt von uns verlangt wird, selbst organisieren können, wussten wir schon immer. Jetzt fragen wir uns gelegentlich schon mal: Wenn wir dazu in der Lage sind, warum sollten wir dann nicht gleich den ganzen Betrieb schmeißen können?“

(Harald Wolf, Arbeit und Autonomie, 1999, 224).